

## Die Politiker brauchen Druck! Gesetzliche Regelungen für Leiharbeiter jetzt!

In den letzten Wochen sah es so aus, als ob die Politik endlich etwas gegen die schlimmsten Auswüchse von Leiharbeit tun wollte. Selbst die FDP behauptete jetzt, sich für gleiche Bezahlung von Leiharbeitern stark zu machen.

Nach massivem Druck der Arbeitgeberverbände und der Leiharbeitslobby ist die schwarz-gelbe Regierung aber einge-



knickt und will die Regulierung von Leiharbeit auf unbekannte Zeit verschieben. Damit stiehlt sie sich nicht nur aus der Verantwortung, sondern sie ebnet den Weg für eine kompromisslose Lohndumpingstrategie - mit eindeutigen Zielen, die einer Kriegserklärung gleichkommen:

Leiharbeit, Werksverträge und Befristungen sollen Belegschaften spalten, festgestellte Arbeitnehmer/-innen mit dem Druck durch unsichere und schlecht bezahlte Beschäftigung gefügig gemacht werden.

Trotz der erreichten Mindeststandards für Leiharbeiter bei Daimler: Leiharbeit, Werksverträge und Befristungen sind auch für uns ein Problem.

- **Auch bei uns wird eine Spaltung der Belegschaft bewirkt. Leiharbeiter und Befristete hoffen auf eine Festanstellung und sind somit viel leichter zu erpressen als der Rest der Belegschaft.**
- **Unsere betrieblichen Regelungen für Leiharbeiter geraten immer wieder unter Druck, solange es keine politische Lösung gibt. Der Angriff auf die 8 Prozent Leiharbeitsquote bei Daimler hat bereits begonnen.**

Lange genug hat sich die Regierung ihre Politik von den Lobbyisten der Arbeitgeberverbände diktieren lassen. Jetzt sind wir am Zug. Deshalb wollen wir **am 24.02. bundesweit betriebliche Stärke zeigen** und ein deutliches Signal an Politik und Arbeitgeber senden: Statt Missbrauch von Leiharbeit, Werkverträgen und Befristungen:

Arbeit – sicher und fair!

Und deshalb heißt es:

**Heute Solidarität zeigen  
und Aufkleber tragen!**